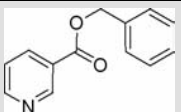
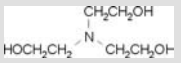


**Tabelle 0: Einstufung und Kennzeichnung nach geltendem Chemikalienrecht**

<i>Substanz ist Gegenstand</i>	<i>EINECS /ELINCS</i>	<i>Einstufung nach § 5 GefStoffV<sup>1</sup></i>	<i>R-Sätze</i>	<i>S-Sätze</i>
	Nummer			
 <p><b>Benzylnicotinat (BNI)</b>  <math>C_{13}H_{11}NO_2</math>            CAS 94-44-0</p>				
 <p><b>Triethanolamin (TEA)</b>  <math>(HOCH_2CH_2)_3N</math>            CAS 102-71-6</p>				
<b>NaOH</b>				
CAS				
<b>H<sub>2</sub>SO<sub>4</sub></b>				
CAS				
<b>PFOS</b>				
CAS				

CN <sup>-</sup>				
CAS				
<b>Cr (VI)</b>				
CAS				
<b>Ni</b>				
CAS				
<b>Zn</b>				
CAS				

**Tabelle 1: Risikominderungsmaßnahmen nach geltendem Wasserrecht für Beispielstoff .....**

Diese Tabelle dient dazu, im Rahmen des Projektes „REACH-Umsetzungshilfen – RUH“ Informationen zum Wasserrecht zusammenzustellen (siehe dazu das Beispiel „Anilin“ in der Datei „Beispiel RUH Tabelle1 Wasserrecht\_060327\_mf“.

Ziel ist es, einen Abgleich zwischen den Informationen herbeizuführen, die aus der REACH-Perspektive im Rahmen der „kursorischen Sicherheitsbetrachtung zu erstellen sind, mit den Vorgaben des sektoralen Umweltrechts zu erstellen, um – für alle Beteiligten - Doppelarbeit zu vermeiden und die Schnittstellenprobleme zu verringern.

- A. **Rechtliche Situation:** Kurze Benennung der einschlägigen Rechtsvorschriften und den sich daraus ergebenden Anforderungen (z.B. Grenzwerte, sonstige Pflichten).
- B. **Behördliche Umsetzung:** Hier wären etwa Auflagen in behördlichen Bescheiden zu nennen, aber beispielsweise auch Vorgaben aus der örtlichen Abwasser-Satzung. Was wird hier konkret verlangt? Etwa: 1:1-Übernahme der Vorgaben aus A. oder zusätzliche Konkretisierungen, Messvorgaben etc.
- C. **Betriebliche Maßnahmen:** Hier wären betriebliche Maßnahmen nach folgenden Kategorien zu nennen:
  1. **Technische Vorkehrungen** (z.B. Auffangwannen, Filter, Absaugung, automatische Überwachung von einzelnen Parametern)
  2. **Organisatorische Vorkehrungen** zum Betriebsablauf (Festlegungen in Betriebsanweisungen, interne Handbücher, Schulungen etc.)
  3. **IKuK-Quellen** für 1 + 2: Welche Informations-, Kommunikations- und Kooperationsinstrumente nutzen Sie, um die technischen und organisatorischen Vorkehrungen zu identifizieren, ggf. fortzuschreiben etc.

Für Rückfragen zur Tabelle steht zur Verfügung: Martin Führ, sofia, Darmstadt ([fuehr@sofia-darmstadt.de](mailto:fuehr@sofia-darmstadt.de)).

Stoffname ..... CAS	der WRRL <sup>2</sup> = WFD <sup>3</sup>	von Anforderungen nach § 7a WHG / Abw-VO + Anhäng bzw. nach Indirekteinleitervorgaben	des Katalogs wassergefährdender Stoffe nach §19 g Abs.5 WHG (VwVwS <sup>4</sup> )	der Grundwasser-Verordnung <sup>5</sup>	..... (frei für Ergänzungen)
<b>A. Rechtliche Situation:</b>			Kennnummer / WGK	Liste I / Liste II	
<b>B. Behördliche Umsetzung:</b>					
<b>C. Betriebliche Maßnahmen</b>					
<b>Bemerkungen</b>					

## Tabelle 2: Risikominderungsmaßnahmen nach geltendem Anlagenrecht

Diese Tabelle dient dazu, im Rahmen des Projektes „REACH-Umsetzungshilfen – RUH“ Informationen zum Anlagenrecht zusammenzustellen (siehe dazu das Beispiel „Anilin“ in der Datei „Beispiel RUH Tabelle1 Wasserrecht\_060327\_mf“. Wenn eine Spalte (z.B. Störfallrelevanz) nicht einschlägig ist, kann diese leer bleiben.

Ziel ist es, einen Abgleich zwischen den Informationen herbeizuführen, die aus der REACH-Perspektive im Rahmen der „kursorischen Sicherheitsbetrachtung zu erstellen sind, mit den Vorgaben des sektoralen Umweltrechts zu erstellen, um – für alle Beteiligten - Doppelarbeit zu vermeiden und die Schnittstellenprobleme zu verringern.

**D. Rechtliche Situation:** Kurze Benennung der einschlägigen Rechtsvorschriften und den sich daraus ergebenden Anforderungen (z.B. Grenzwerte, sonstige Pflichten).

**E. Behördliche Umsetzung:** Hier wären etwa Auflagen in behördlichen Bescheiden zu nennen, aber beispielsweise auch Vorgaben aus der örtlichen Abwasser-Satzung. Was wird hier konkret verlangt? Etwa: 1:1-Übernahme der Vorgaben aus A. oder zusätzliche Konkretisierungen, Messvorgaben etc.

**F. Betriebliche Maßnahmen:** Hier wären betriebliche Maßnahmen nach folgenden Kategorien zu nennen:

**1. Technische Vorkehrungen** (z.B. Auffangwannen, Filter, Absaugung, automatische Überwachung von einzelnen Parametern)

**2. Organisatorische Vorkehrungen** zum Betriebsablauf (Festlegungen in Betriebsanweisungen, interne Handbücher, Schulungen etc.)

**3. IKuK-Quellen** für 1 + 2: Welche Informations-, Kommunikations- und Kooperationsinstrumente nutzen Sie, um die technischen und organisatorischen Vorkehrungen zu identifizieren, ggf. fortzuschreiben etc.

Für Rückfragen zur Tabelle steht zur Verfügung: Martin Führ, sofia, Darmstadt ([fuhr@sofia-darmstadt.de](mailto:fuhr@sofia-darmstadt.de))

Stoffname CAS	<i>BImSchG</i> <sup>6</sup>				<i>IVU</i> <sup>7</sup> = <i>IPPC</i> <sup>8</sup>	<i>Emissionserklärung</i>	.....
	<i>Verwendung in genehmigungsbedürftiger Anlage</i>	<i>Störfallrelevanz</i>	<i>Emissionsanforderungen BImSchV/TA Luft</i>	<i>Immissionsanforderungen BImSchV/TA Luft</i>	<i>Anwendungsbereich? BREF (best reference Document)?</i>	<i>11. BImSchV Verordnung EG/166/2006</i> <sup>9</sup>	
<b>A. Rechtliche Situation:</b>	Anhang zur 4. BImSchV <sup>10</sup>	Anhang I der 12. BImSchV					
	Nummer	Spalte 1 / 2					
<b>B. Behördliche Umsetzung:</b>							
<b>C. Betriebliche Maßnahmen</b>							
<b>Bemerkungen</b>							

### **Tabelle 3: Risikominderungsmaßnahmen nach geltendem Abfallrecht**

Diese Tabelle dient dazu, im Rahmen des Projektes „REACH-Umsetzungshilfen – RUH“ Informationen zum Anlagenrecht zusammenzustellen (siehe dazu das Beispiel „Anilin“ in der Datei „Beispiel RUH Tabelle1 Wasserrecht\_060327\_mf“. Wenn eine Spalte (z.B. Störfallrelevanz) nicht einschlägig ist, kann diese leer bleiben.

Ziel ist es, einen Abgleich zwischen den Informationen herbeizuführen, die aus der REACH-Perspektive im Rahmen der „kursorischen Sicherheitsbetrachtung zu erstellen sind, mit den Vorgaben des sektoralen Umweltrechts zu erstellen, um – für alle Beteiligten - Doppelarbeit zu vermeiden und die Schnittstellenprobleme zu verringern.

- G. Rechtliche Situation:** Kurze Benennung der einschlägigen Rechtsvorschriften und den sich daraus ergebenden Anforderungen (z.B. Grenzwerte, sonstige Pflichten).
- H. Behördliche Umsetzung:** Hier wären etwa Auflagen in behördlichen Bescheiden zu nennen, aber beispielsweise auch Vorgaben aus der örtlichen Abwasser-Satzung. Was wird hier konkret verlangt? Etwa: 1:1-Übernahme der Vorgaben aus A. oder zusätzliche Konkretisierungen, Messvorgaben etc.
- I. Betriebliche Maßnahmen:** Hier wären betriebliche Maßnahmen nach folgenden Kategorien zu nennen:
  - 1. Technische Vorkehrungen** (z.B. Auffangwannen, Filter, Absaugung, automatische Überwachung von einzelnen Parametern)
  - 2. Organisatorische Vorkehrungen** zum Betriebsablauf (Festlegungen in Betriebsanweisungen, interne Handbücher, Schulungen etc.)
  - 3. IKuK-Quellen** für 1 + 2: Welche Informations-, Kommunikations- und Kooperationsinstrumente nutzen Sie, um die technischen und organisatorischen Vorkehrungen zu identifizieren, ggf. fortzuschreiben etc.

Für Rückfragen zur Tabelle steht zur Verfügung: Martin Führ, sofia, Darmstadt ([fuhr@sofia-darmstadt.de](mailto:fuhr@sofia-darmstadt.de))

Stoffname ..... CAS	<i>der Abfallverzeichnis- Verordnung<sup>11</sup></i>	<i>Bestimmungsverordnung überwachungsbedürftige Abfälle zur Verwertung<sup>12</sup></i>	<i>Andienungspflicht gem.§ 12 Abs.1 HAKA<sup>13</sup> ? (bzw. anderes Landesrecht)</i>	<i>Reststoffverminde- rung nach § 5 Abs. 1 Nr. 3 BImSchG</i>	.....
	Nummer der Anlage zu §2 Abs.1 AVV	Nummer der Anlage zu § 1 Abs.1 der BestüVAbfV			
<b>A. Rechtliche Situation:</b>					
<b>B. Behördliche Umsetzung:</b>					
<b>C. Betriebliche Maßnahmen</b>					
<b>Bemerkungen</b>					

<sup>1</sup> Verordnung zum Schutz vor gefährlichen Stoffen (GefStoffV) vom 23.12.2004, BGBl. I S. 3758.

<sup>2</sup> Richtlinie 2000/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2000 zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik („Wasserrahmenrichtlinie“) - (Abl. L 327 v. 22.12.2000, S.0001 – 0073).

<sup>3</sup> Directive 2000/60/EC of the European Parliament and of the Council of 23 October 2000 establishing a framework for Community action in the field of water policy (“Water framework directive“) (OJ L 327, 22/12/2000, P. 0001 – 0073).

<sup>4</sup> Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Wasserhaushaltsgesetz über die Einstufung wassergefährdender Stoffe in Wassergefährdungsklassen vom 17. Mai 1999, BAnz. Nr. 98a vom 29.05.1999.

<sup>5</sup> Verordnung zur Umsetzung der Richtlinie 80/68/EWG des Rates vom 17. Dezember 1979 über den Schutz des Grundwassers gegen Verschmutzung durch bestimmte gefährliche Stoffe vom 18. März 1997, BGBl. I Nr. 18 vom 21.03.1997 S. 542.

<sup>6</sup> Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz) vom 26.09.2002, BGBl. I S. 3830.

<sup>7</sup> Richtlinie 96/61/EG des Rates vom 24. September 1996 über die integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung (Abl. L 257 v. 10.10.1996, S.0026 – 0040).

<sup>8</sup> Council Directive 96/61/EC of 24 September 1996 concerning integrated pollution prevention and control (OJ L 257, 10/10/1996, P. 0026 – 0040).

<sup>9</sup> Verordnung (EG) Nr. 166/2006 vom 18. Januar 2006 über die Schaffung eines Europäischen Schadstofffreisetzungs- und -verbringungsregisters und zur Änderung der Richtlinien 91/689/EWG und 96/61/EG des Rates, ABl. 2006 Nr. L 33 S. 1 vom 4.2.2006; siehe dazu auch unter [www.prtr.de](http://www.prtr.de)

<sup>10</sup> Vierte Verordnung zur Durchführung des Bundesimmissionsschutzgesetzes (Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen) vom 14.03.1997, BGBl. I S. 1687.

<sup>11</sup> Verordnung über das Europäische Abfallverzeichnis (AVV) vom 10. Dezember 2001, BGBl. I Nr. 65 vom 12.12.2001 S. 3379, zuletzt geändert am 24. Juli 2002 durch Artikel 2 der Verordnung über den Versatz von Abfällen unter Tage und zur Änderung von Vorschriften zum Abfallverzeichnis, BGBl. I Nr. 52 vom 29.07.2002 S. 2833.

<sup>12</sup> Verordnung zur Bestimmung von überwachungsbedürftigen Abfällen zur Verwertung (BestüVAbfV) vom 10. September 1996, BGBl. I Nr. 47 vom 20.09.1996 S. 1377, zuletzt geändert am 10. Dezember 2001 durch Artikel 2 der Verordnung zur Umsetzung des Europäischen Abfallverzeichnisses, BGBl. I Nr. 65 vom 12.12.2001 S. 3379.

<sup>13</sup> Hessisches Ausführungsgesetz zum Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz vom 23. Mai 1997, GVBl. Hessen I Nr. 10 vom 28.05.1997, S. 173, zuletzt geändert am 5. November 2002 durch Artikel 1 des Gesetzes zur Änderung des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz, GVBl. Hessen I Nr. 28 vom 13.11.2002, S. 659.